

Montag 18. Juni 2018

NGOs kritisieren Österreichs Blockade bei Steuertransparenz

Brief an Regierung fordert Einsatz in Brüssel für länderbezogene Steuerberichterstattung

🕒 13.06.2018, 13:56 Uhr Österreich/Wirtschaft/Politik/Finanzpolitik/Kirche/KOO



Wien, 13.06.2018 (KAP) Internationale Konzerne verschieben rund 40 Prozent ihrer Gewinne in Steuersümpfe, besagen jüngste Berechnungen. Eine am Donnerstag in Brüssel zu verhandelnde Regelung, ob multinationale Konzerne die in einem Staat erzielten Gewinne sowie die darauf zu entrichtenden Steuern öffentlich machen müssen, wird von Österreich jedoch blockiert. Zu Unrecht, wie eine Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen, darunter zahlreiche kirchliche, befinden. Sie fordern in einem Brief an Finanzminister Hartwig Löger und Justizminister Josef Moser die Regierung auf, ihre Position zu überdenken und für mehr Steuertransparenz zu stimmen.

"Ohne mehr Steuertransparenz wird die im Koalitionsvertrag erwähnte Bekämpfung des Steuerdumpings nicht umsetzbar sein", heißt es in dem Schreiben, das die Unterschriften der "AG Globale Verantwortung", der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) sowie von VIDC, Attac, Südwind, Volkshilfe und Katholischer Arbeitnehmerbewegung trägt. Der am 14. Juni zu verhandelnde Kompromissvorschlag bedeute trotz einiger Schwächen eine "wichtige Weichenstellung in Richtung mehr Konzerntransparenz zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung", wird VIDC-Finanzpolitikexpertin Martina Neuwirth zitiert.

Die länderbezogene Steuerberichterstattung (Country-by-Country-Reporting) funktioniere in der Praxis bereits: Banken und große Rohstoffunternehmen seien in der EU bereits dazu verpflichtet, wobei diese Regelung zu keiner großen Belastung der Konzerne geführt, sondern mehr Transparenz im Sinne des Gemeinwohls geschaffen habe. Vorteil der verbesserten Transparenz sei u.a., dass nicht nur Investoren bessere Einblicke in die Steuerstrategien und -risiken bekommen, sondern dass sich damit auch Bürger ein Urteil über den Beitrag eines Unternehmens zur Gesellschaft bilden könnten, so Annelies Vilim von der AG Globale Verantwortung. Wie Anja Appel von der KOO ergänzte, seien bisher vor allem die ärmsten Länder vom internationalen Informationsaustausch von Steuerdaten ausgeschlossen; sie könnten von der verbesserten Transparenz profitieren.

<https://www.kathpress.at/>